

Oberfranken als "Modellregion demografische Herausforderung"

Konkretisierung einer Idee

Stand: 3. September 2010

Die demografische Entwicklung wird die Lebens- und Arbeitsvoraussetzungen in Oberfranken verändern. Prognostiziert werden ein Bevölkerungsrückgang sowie eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Diese Entwicklungen werden Berechnungen zufolge in Oberfranken früher und schneller als im restlichen Freistaat auftreten und werden unterschiedliche Herausforderungen für die Region Oberfranken nach sich ziehen.

Um Oberfranken auf die Bewältigung dieser Herausforderungen vorzubereiten und dadurch zugleich Erkenntnisse für die Entwicklung anderer Regionen zu gewinnen, schlägt die IHK für Oberfranken Bayreuth vor, Oberfranken als "Modellregion demografische Herausforderung" zu etablieren. Hier könnten Maßnahmen zur Bewältigung der demografischen Entwicklungen exemplarisch erarbeitet und erprobt und im nächsten Schritt auf weitere Regionen übertragen werden. Der Staatssekretärsausschuss Ländlicher Raum könnte ein geeignetes Gremium sein um die unterschiedlichen Maßnahmen zu koordinieren.

"Modellregion demografische Herausforderung" – Die Idee

Oberfranken steht vor einem demografisch bedingten Veränderungsprozess. Die Region und ihre Akteure aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung sind jetzt gefordert, mögliche Herausforderungen sowie Chancen und Potenziale zu identifizieren, um den Veränderungsprozess aktiv mitgestalten zu können. Beim Umgang mit dem demografischen Wandel dürfen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nicht wie das Kaninchen vor der Schlange verharren, sondern müssen die Veränderung aktiv, abgestimmt und zukunftsorientiert mitgestalten.

Die Industrie- und Handelskammer für Oberfranken Bayreuth schlägt daher vor, dass Oberfranken durch die Bayerische Staatsregierung den Status einer "Modellregion demografische Herausforderung" erhält. Chancen und Maßnahmen zur Begegnung der demografischen Veränderungen könnten dabei unter „Laborbedingungen“ erprobt und evaluiert werden.

Aufgabe der Modellregion wäre es zunächst, den Status Quo zu analysieren und ein Leitbild zu entwickeln. Anschließend müssten – und hier liegt der eigentliche Schwer-

punkt – Handlungsfelder identifiziert sowie Detailkonzepte erarbeitet und umgesetzt werden.

Für die Umsetzung einer "Modellregion demografische Herausforderung" sollte externe Kompetenz einbezogen werden, z.B. die Bertelsmann-Stiftung, die im Rahmen ihres Leitprojekts "Aktion Demographischer Wandel" bereits an anderer Stelle Regionen, Unternehmen und Kommunen beraten hat.

Koordiniert werden könnten die in der Modellregion umzusetzenden Maßnahmen durch den Staatssekretärsausschuss Ländlicher Raum unter der Leitung von Frau Staatssekretärin Katja Hessel, der über den Zugriff auf alle relevanten Ressorts in den Staatsministerien verfügt.

Herausforderungen und mögliche Maßnahmen in einer Modellregion

Zunehmender Mangel an Fach- und Führungskräften

Die Veränderung der Bevölkerungsstruktur hat Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Erwerbssperson-Potenzials und damit auf Arbeitswelt und Arbeitsmarktbi-lanz. Regional und hinsichtlich der Qualifikation werden Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zunehmend auseinander fallen. In Regionen mit hohem demografischem Druck werden zudem die Belegschaften altern.

Mögliche Umsetzungsmaßnahmen in einer „Modellregion“:

- Sensibilisierung der regionalen Unternehmen für die demografischen Herausforderungen durch eine kontinuierliche und Transfer fördernde Öffentlichkeitsarbeit
- Vorsprung für Aus- und Weiterbildung: Umsetzung der BIHK-Initiative „Bildung 2020“, insbesondere für das lebenslange Lernen sowie bezüglich neuer Angebote für Ältere und Menschen mit Migrationshintergrund
- Entwicklung und Erprobung von Bewältigungsstrategien und Instrumenten zur Umsetzung konkreter Maßnahmen in den Betrieben
- Angebot von Betriebschecks für Unternehmen (Demografie-Audit), um auf Unternehmensebene das Management des Demografischen Wandels zu dokumentieren und gleichzeitig Anregungen für Handlungsoptionen zu liefern. Konkret: Förderung von Altersstrukturanalysen, um notwendige Änderungen der Personalstrategie speziell für kleine und mittlere Unternehmen aufzuzeigen
- Entwicklung und Umsetzung von betrieblichen Maßnahmen und Angeboten an die Beschäftigten, um einerseits die Perspektiven für eine längere Berufstätigkeit und andererseits Handlungsoptionen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufzuzeigen
- Erprobung von Konzepten zur Förderung der Zuwanderung von Fachkräften und Auszubildenden

- Stärkung der Förderungs-, Beratungs- und Betreuungsangebote für Neuzugewanderte aus dem In- und Ausland (z. B. Aktion „Ortswechsel“ von Oberfranken Offensiv)
- Unterstützung der Kooperation und Vernetzung von Personalverantwortlichen (z. B. PERSONET)

Veränderung des Absatzmarktes

Da sich die Kundenbedürfnisse aufgrund der Alterung der Bevölkerung verschieben werden, wird es mittel- und langfristig zu demografisch bedingten Veränderungen auf Nachfrageseite kommen. Betroffene Unternehmen sind daher gefordert, Sortiment und Vermarktung (Werbung/Kommunikation, Beratung, Vertriebswege) zu überprüfen und ggf. auf eine spezifische Kundengruppe anzupassen.

Mögliche Umsetzungsmaßnahmen in einer „Modellregion“:

- Förderung von Forschung und Innovation, Ausbau der Wissensinfrastruktur.
- Untersuchung zur Entwicklung der Konsum- und Dienstleistungsgewohnheiten der älteren Bevölkerung im ländlichen Raum
- Entwicklung und Erprobung von Unternehmens-Checks, um die Entwicklung der Nachfrage überprüfen und Anpassungsschritte auf den Weg bringen zu können.
- Durchführung von Informationsveranstaltungen und Workshops, um auf die Herausforderungen hinzuweisen
- Förderung der Einführung neuer Strategien in Produktentwicklung, Kommunikation, Werbung und Vertrieb (z. B. Programm mit Kleinprojektfonds, wie Neue Wege Neue Welten oder Fortführung der Innovationsoffensive Ostbayern)
- Förderung von Kooperation und Vernetzung bei der Produktentwicklung und im Vertrieb

Entwicklung der privaten Infrastruktur

Abwanderung und Alterung der Bevölkerung haben gerade in ländlichen Regionen Auswirkungen auf Stadt- und Ortsbilder. Mit der sinkenden Bevölkerungszahl sinken auch Kaufkraft bzw. Nachfrage, was sich wiederum auf die Attraktivität der Region auswirken kann.

Mögliche Umsetzungsmaßnahmen in einer „Modellregion“:

- Förderung des Rückbaus von leer stehenden Wohnungen
- Nutzung des Förderprogramms „Stadtumbau West“, um die Umnutzung bzw. Stilllegung ehemaliger Wohngebäude/Wohnungen zu unterstützen
- Entwicklung und Erprobung neuer Konzepte in Nahversorgung (Handel) und Dienstleistungen, wie z. B. Dorfläden, mobiler Einzelhandel, etc.

- Entwicklung und Erprobung einer Strategie zur Erhaltung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum, z. B. durch MedCenter, mobile Arztversorgung und spezielle Anreizsysteme

Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur

Die Veränderung in der Bevölkerungsstruktur wird auch zu einer veränderten Nutzung der vorhandenen öffentlichen Infrastruktur führen. Vor allem in Regionen mit sinkender Bevölkerung werden bei einer Beibehaltung der Infrastruktur die Kosten pro Einwohner steigen. Insofern ergibt sich ein Spannungsfeld zwischen der erwünschten Eigenständigkeit von Gebietskörperschaften, dem Ziel einer gut ausgebauten öffentlichen Infrastruktur sowie dem Faktum knapper Kassen auf allen staatlichen Ebenen. Hier muss sich die Politik auf kommunaler und Landesebene für völlig neue Formen der Zusammenarbeit staatlicher Einrichtungen öffnen und Abstand vom "Kirchturmdenken" nehmen.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung gewinnt die Frage nach der Tragfähigkeit der Kommunen grundsätzlich an Bedeutung. So ist der Anteil an der Einkommenssteuer mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung eine stark zurückgehende Einnahmequelle, was vor allem die Kommunen benachteiligt, die durch Überalterung und Abwanderung die größten Lasten zu tragen haben werden.

Mögliche Umsetzungsmaßnahmen in einer „Modellregion“:

- Förderung der Entwicklung von kommunalen Schulentwicklungskonzepten
- Umsetzung von Ausnahmeregelungen für die Mindestschülerzahl zur Bildung von Klassen
- Förderung kommunaler Projekte für eine familienfreundliche Wohnungs-, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik
- Entwicklung und Erprobung von Handlungsansätzen zur interkommunalen Kooperation: Freiwillige Kooperationen und Fusionen fördern
- Entwicklung und Erprobung alternativer Finanzierungsmöglichkeiten für die kommunale Infrastruktur sowie Schaffung von mehr Aufgaben- und Ausgabenautonomie für die Kommunen. Katalog der Pflichtaufgaben insbesondere für Kommunen mit stark schrumpfender Bevölkerung öffnen
- Entwicklung von Handlungsempfehlungen für den Themenbereich Altenpflege und betreutes Wohnen.
- Entwicklung und Erprobung neuer Organisationsstrukturen im ÖPNV.
- Förderung dezentraler Lösungen bei der Versorgung mit netzgebundener Infrastruktur